

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863**

7.1.1863 (No. 5)



# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 7. Januar.

N. 5.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkaufsgebühren: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

## Telegramme.

**Kopenhagen, 5. Jan.** In dem Landsting sprach der Justizminister Lehmann sehr scharf gegen die Eingabe der vorgeschlagenen Adresse, wie gegen die Form derselben. Sowohl als Minister wie als Mitglied rathete er der Versammlung von der Beschäftigung mit außerhalb des Berufskreises liegenden politischen Verhandlungen ab; dies könne leicht bewirken, daß andere besondere Versammlungen gleiches Recht in Anspruch nehmen. Die Regierung glaube bezüglich der Festigkeit und Energie Alles gethan zu haben, was gefordert werden könne, und anerkenne nur den König und den Reichsrath als Richter über ihr Thun. Als Minister wie als Reichsrathsmittglied müsse er dem Dinge abtrathen, Reichsparlament zu spielen.

**Zürich, 5. Jan.** Graf v. Launay ist nach Berlin abgereist. — Die Nachricht der „Italia“ über die Ankunft des Cavaliere Nigra in Turin ist unrichtig. — In Florenz hat sich die Societa emancipatrice unter dem Titel Societa democratica und unter dem Vorsteher Alberto Mario's konstituiert.

Die Brigantaggio-Untersuchungs-Kommission geht heute nach Neapel ab. Die Behörden haben den Auftrag erhalten, dieser Kommission alle auf das Brigantaggio bezüglichen Aktenstücke vorzulegen und sie mit Allem zu unterstützen. Der König begibt sich nicht zu der beabsichtigten Revue nach Florenz.

## Deutschland.

**Frankfurt, 5. Jan.** Nachdem wir die hervorragenden Stimmen der einzelnen Regierungen für Aufhebung der öffentlichen Spielbanken mitgetheilt, wird es interessant, nun auch ein Votum gegen die bezüglichen Ausschlußanträge kennen zu lernen. Es wurde dasselbe in der Bundestagsitzung vom 14. v. M. von Nassau wörtlich dahin abgegeben:

Zür Nassau hat der Gesandte zu erklären, daß die herzogliche Regierung den Anträgen in der Fassung, in welcher sie vorliegen, ihre Zustimmung aus den früher ausführlich entwickelten Gründen nicht zu ertheilen vermag, sie vielmehr in dem Fall ist, ihre Zustimmung in der Sitzung vom 14. Juni 1855 abgegebene Erklärung, welche im Wesentlichen dahin gerichtet war:

„daß die herzogliche Regierung schon deshalb außer Stande sei, zu einem Beschlusse wegen Aufhebung der in den Badoorten bestehenden Spielbanken mitzuwirken, weil einer bestehenden Aktiengesellschaft, welche in den Jahren 1807-1810 die Kurgebäude auf ihre Kosten errichtet hat und nebst deren Umgebungen mit erheblichem Aufwande unterhält, neben anderen Privilegien auch dasjenige des Spiels in den Kurgebäuden sündig verliere; daß aber außer den Verhältnissen dieser Aktiengesellschaft durch eine Aufhebung der bestehenden Spielbanken das Interesse der Badoorte Wiesbaden und Ems auf das empfindlichste beeinträchtigt und der herzogliche Regierung die alleinige Uebernahme unverhältnismäßiger und kaum zu erschwingender Opfer auferlegt werden würde, welche ihr vom Gesichtspunkte der gleichzeitigen Vertheilung der durch allgemeine Maßregeln des Bundes entstehenden Lasten nicht wohl angefallen werden können; daß daher die herzogliche Regierung dem Ausschusse antrage, soweit er auf Beilegung der in den Badoorten dormalen bestehenden Spielbanken gerichtet ist, ihre Zustimmung nicht zu ertheilen vermöge; daß dieselbe dagegen, um ihre Geneigtheit zur Förderung des angestrebten Zwecks, soweit es ihr die Verhältnisse gestatten, von neuem zu be-

ihätigen, gern geneigt sei, unter der Voraussetzung allseitigen Einverständnisses, zu einer Vereinbarung mitzuwirken, durch welche die Errichtung neuer Spielbanken abgestellt werde“

in ihrem vollen Umfange wiederholen zu müssen. Dabei hat der Gesandte ausdrücklich zu bemerken, daß neue Konzessionen zu Hazardspielunternehmungen im Herzogthum nicht werden ertheilt werden.

**Frankfurt, 5. Jan. (N. 3.)** Offiziell. Die Frankfurter Bank verweigert keineswegs, wie die Berliner „Bank- u. Hand.-Ztg.“ berichtet, Vorschläge auf österreichische Effekten, ist aber, da die Darlehen die Höhe der für Beilegung bestimmten Summe erreicht haben, zurückhaltend mit neuen Vorschlägen auf große Beträge.

**Stuttgart, 4. Jan.** Ueber die Verhandlungen der von den HH. Pfeifer und G. Müller zur Besprechung des Handelsvertrags mit Frankreich berufenen Versammlung haben wir bereits gestern kurz berichtet. Zur Ergänzung entnehmen wir dem Bericht des „Schwäb. Merk.“ noch Folgendes:

Direktor Pfeifer eröffnete die Versammlung und schlug H. K. v. Seeger als Vorsitzenden vor, womit sich die Anwesenden einverstanden erklärten. Nach Verlesung mehrerer Zuschriften, in denen Frey aus Schwarzenberg als Abgeordneter von 106 Mitgliedern des Gewerbe- und Handelsstandes aus dem Oberamt Freudenstadt, H. K. Tafel von Dehringen als Delegirter des dortigen Gewerbevereins, und Kettner aus Schornobis als Vertreter des dortigen landwirtschaftlichen Vereins legitimirt wurden, ergriß zuerst G. Müller aus Stuttgart das Wort. Er legte dar, daß die 1. Zentralstelle allerdings Vieles an dem Vertrag mit Frankreich auszusetzen hatte, in dessen von den 31 Punkten, in welchen sie ihre Ansätze zusammenfaßte, 10 rein innere Angelegenheiten des Zollvereins beträfen, die er vor wie nach dem Vertrag in autonomer Weise erledigen könne; eine größere Anzahl der genannten Ansätze hätten ihre Grundursache in dem Salzmonopol, das der Ausbeute unserer reichen Schätze an diesem wichtigen Mineral hemmend entgegenstehe. Andere Bedenken bezögen sich auf die französischen Einfuhrzölle, und diesen könne er allerdings nicht entgegenzutreten; aber er halte sie nicht für so wichtig, daß wegen ihrer der ganze Vertrag, der doch auch viel Gutes biete, verworfen werden müßte. In der That beschränkten sich die wirklich berechtigten, für unser Vaterland belangreichen Einwände auf drei Punkte, nämlich 1) auf die Bestimmung, daß für Baumwollgarne von Nr. 30 aufwärts der Zoll von 3 Thln. beibehalten sei; 2) auf das Verlangen, daß für Tuch- und Wollgewebe der Zoll von 5 Thln. auf 2 1/2 Thln. erhöht werde, und 3) auf die der bisher mit Recht geübten Verzollung der Baumwollgewebe nach dem Gewicht wiederprechende Klassifikation, welche der Vertrag festgesetzt habe. Diesen gerechten Bedenken gegenüber dürfe man aber nicht vergessen, daß einer großen Reihe von vereinsländischen Fabrikaten durch den Vertrag große Vortheile gesichert werden, und dürfe nie aus dem Auge verlieren, wie schwer das Gewicht dieser Ansätze der Gefahr gegenüber ins Gewicht falle, daß der Zollverein gesprengt werde. Wenn man sich nicht einige, dann würde die schwerste Verletzung der gewerblichen Interessen des Landes die nothwendige Folge sein. Dies hätten auch die Handelskammern des Landes erkannt und daher zwar die Mängel des Vertrags offen aufgedeckt, aber dennoch sich entschieden für die Erhaltung des Zollvereins ausgesprochen.

Mit dieser Auffassung sei die Regierung in ihrer Note vom 20. Sept. in vollkommenen Widerpruch getreten, in der sie den Vertrag unbedingte ablehne und zum Schluß noch den sehr bedenklichen Satz aufstelle, daß sie, wenn der Zollverein sich auflösen sollte, weitere Auswege für die Industrie des Landes offen wolle. Die Regierung sollte es deshalb der Versammlung Dank wissen, daß sie öffentlich ausgespreche, der

Vertrag sei so gar gefährlich nicht, und daß sie ihr dadurch Gelegenheit gebe, von dem apodiktischen Wege, den sie eingeschlagen habe, wieder abzulenken. Auf die Engagierung der Ehre Preußens wolle er nicht eingehen, aber darauf müsse er aufmerksam machen, daß Frankreich mit England, Belgien und Holland bereits Handelsverträge abgeschlossen habe, mit der Schweiz und Italien aber die Verhandlungen wegen Abschlußes von Handelsverträgen im Gange seien. In allen diesen Verträgen sei eine dem Art. 31 entsprechende Bedingung enthalten; wenn daher der Zollverein den vorliegenden Vertrag nicht annehme, so werde er in kurzem von allen seinen Nachbarn abgeschlossen sein. Diesen wichtigen Punkt hätten die Gegner des Vertrags nicht erwähnt. Ob man für das Interesse von Millionen Arbeitern und Kapital fürge, wenn man ein Ländergebiet von 80 Millionen Einwohnern gleichsam mit einem Nadel abspalte und sich isolire, als wäre man auf einer wüsten Insel? Wenn aber die kommerziellen und materiellen Interessen der Zollvereins-Staaten den Abschluß des Handelsvertrags verlangten, so wolle er doch keineswegs verhehlen, daß er selbst den Wunsch habe, es möchten einige Bestimmungen desselben Modifikationen erleiden; namentlich solle man verlangen, daß auch die Zölle für die landwirthsch. Produkte, deren im Vertrag gar nicht gedacht sei, durch einen besondern Vertrag geregelt werden; Frankreich werde keinen Anstand nehmen, diesem Wunsche entgegenzukommen, wie er überhaupt glaube, daß man über einzelne Aenderungen immer noch unterhandeln könne; nur dürfe man nicht von vorn herein sagen, man wolle überhaupt gar nichts von der Sache.

Direktor Pfeifer suchte nachzuweisen, inwiefern er mit Recht eine Gefahr für den Zollverein befürchte. Er ist der Ansicht, daß Preußen, wenn eine Annäherung nicht erfolge, sicher im Lauf dieses Jahres den Zollverein kündigen werde; sei aber die offizielle Kündigung einmal erfolgt, dann könne man nicht sagen, jetzt auf einmal wolle man mitmachen. Man sage zwar, es läge der Fortbestand des Zollvereins in Preußens eigenem Interesse, und weise auf das Nachgeben dieses Staates in den 1840er und 1850er Jahren hin; man vergesse hiebei aber die völlig veränderten Umstände, man übersehe namentlich, daß die Mehrheit der Regierungen mit Preußen gehe, und dieses schon deshalb nicht nachgeben könne, da die Minorität stets der Mehrheit nachzugeben habe, nicht umgekehrt. Württemberg bilde nach seiner Einwohnerzahl etwa den 20. Theil des Zollvereins; ein so kleiner Bruchtheil des Ganzen solle nicht bloß sagen, was er wolle, sondern auch darauf sehen, was die übrigen Theile wollen und was allein er billiger Weise von ihnen verlangen könne. Sollte man auf die andern Zollvereins-Staaten, so hätten zwar Hannover und Kurhessen ihre Erklärung sich vorbehalten; indessen hätten sich in Kurhessen, wie in Nassau und Darmstadt, die Stände für den Vertrag ausgesprochen, und zwar einstimmig; in Hannover sei dies von den Handelsvereinen, den landwirthschaftlichen Vereinen und vielen städtischen Korporationen gleichfalls geschehen; allein Württemberg und Bayern hätten sich gegen den Vertrag ausgesprochen. Nun habe Preußen den Zollverein seiner Zeit wesentlich aus politischen Gründen geschlossen und aus solchen Gründen sich seither veranlaßt gesehen, ihn zu halten. In den 1850er Jahren habe Oesterreich kein Verlangen gezeigt, an dem Zollverein Theil zu nehmen, jetzt sei dies umgekehrt.

So wie die Sachen jetzt stehen, frage es sich nur, ob wir den Handelsvertrag annehmen oder den Zollverein aufgeben wollen, und in letzterem Fall würde es sich bloß davon handeln, ob Württemberg und Bayern für sich allein bleiben oder sich mit Oesterreich verbinden wollten. Wegen des Art. 31 dürfe man Preußen keinen Vorwurf machen. Art. 139 des Zollvereins-Vertrags vom 4. April 1853 verpflichte ausdrücklich zu Verkehrsvereinfachungen mit andern Staaten, die man nun Frankreich gegenüber geschlossen habe, und wobei Art. 31 so nothwendig gewesen sei, daß man ihn, wenn er noch nicht in dem Vertrag stünde, nachträglich in denselben aufnehmen müßte. Die Völker seien einander näher gerückt; wo früher ein bloßer Austausch von Produkten benachbarter

**Karlsruhe, 4. Jan.** (Wintervorlesung.) In der vierten Wintervorlesung, welche gestern unter Anwesenheit der höchsten Herrschaften Statt fand, hielt Dr. Laspeyres aus Heidelberg einen sehr interessanten Vortrag „über die niederländische Handelsblüthe im 17. Jahrhundert“. Er wies darauf hin, daß schon im Mittelalter in vielen niederländischen Städten Handel und Gewerbe zur Entfaltung gekommen und dadurch Wohlstand, Selbstgefühl und Freiheitsliebe unter ihren Bürgern gewirkt worden war. Als die einst so mächtige Ghanja allmählig sank, als die italienischen Handelsstädte in Verfall gerieten und zugleich die Portugiesen sich durch ihren Reichthum zu Appigkeit und Ausschweifung verlocken ließen, traten die nächstern Niederländer allmählig in ihre Fußstapfen und befauden zu gleicher Zeit für ihre religiöse Ueberzeugung und politische Unabhängigkeit die glanzreichsten Kämpfe gegen das übermächtige Spanien. Dies rühmliche Loos war übrigens nur den nördlichen Provinzen der Niederlande vergönnt, indem diese gewissermaßen das Meer mit seinen Buchten, Furten, Sümpfen und Kanälen bei ihren Kämpfen zum Verbündeten hatten; die südlichen Provinzen, welche dieser Verteidigungsmittel entbehrten, mußten sich den Spaniern wieder unterwerfen, und selbst einen großen Theil ihrer betriebsamsten Bürger, besonders aus Brügge, Gent und Antwerpen, nach Amsterdam und andern Städten der freigewordenen Nordprovinzen auswandern sehen. König Philipp II. wurde auf diese Folgen aufmerksam gemacht; aber er antwortete, er wolle lieber über Beilern als über Keizer herrschen. Als Portugal im Jahr 1580 mit Spanien vereinigt worden war, verbot er sogar, um sie recht empfindlich zu züchtigen, 1594 den abgefallenen Niederländern den Hafen von Lifabon und glaubte sie dadurch von dem Bezuge der ostindischen Waaren, der einen Hauptgegenstand ihres Handels bildete, auszuschließen. Gut, wir werden die indischen Waaren selbst holen, dachten die rüstigen Seelente, und schon im folgenden Jahre führte Cornelius Houtmann die erste Reise nach Ostindien glücklich aus. Selbst um ganz Asien herum wurde die

Fahrt nach jenen Gegenden versucht, und wir werden noch sehen, welche wichtigen Vortheile aus diesen kühnen Versuchen später hervorgingen. Das energische Volk wußte sein Vorhaben durchzuführen. Im Jahr 1602 trat eine Aktiengesellschaft nach Erlangung eines Privilegiums mit einem Kapital von 6 1/2 Millionen Gulden zusammen, wählte mit richtigem Takte die ostindischen Inseln zum Ziel ihrer Niederlassungen und entging dadurch den vielfachen Revolutionen des asiatischen Festlandes, wo ohnehin damals die Mongolen eine solche Uebermacht hatten; daß an dauernde Eroberungen nicht zu denken war. Obgleich der allgemeine Haß gegen die Portugiesen den Niederländern sehr zu Statten kam, so mußten diese sich doch an einigen Orten mit den Waffen in der Hand ihre Niederlassungen erringen. Das Glück begleitete ihre Unternehmungen. Im Jahr 1607 hatten sie bereits auf Amboina, Banda, Ternate und Tidore Niederlassungen gegründet; im Jahr 1618 faßten sie festen Fuß auf Java, wo nach der Zerstörung von Jafata an der nördlichen Stelle durch Roen Batavia gegründet wurde, welches hundert Jahre später schon 160,000 Einwohner zählte.

Mittlerweile hatte die Kompanie auch den wichtigen Verkehr mit Japan eröffnet und sich im chinesischen Meer auf der Insel Formosa festgesetzt, von wo aus der Handel mit China auf's erfolgreichste betrieben wurde. Die Geschäfte der niederländischen Kompanie waren so glänzend, daß die Mitglieder derselben während eines langen Reihe von Jahren ihr in diesen Aktien angelegtes Kapital mit 20 bis 24 Prozent verzinst erhielten. Ein solcher Erfolg reizte zu neuen Unternehmungen. Man kam auf den Gedanken, auch eine westindische Kompanie zu gründen, und insbesondere war es Nesselings, welcher dieser Sache durch Wort und Schrift sein thätiges Leben widmete. Es erfolgten die Niederlassungen am Delaware, und der auf denselben beruhende transatlantische Handel hatte einen ganz ausgezeichneten Erfolg, während zugleich der Schmuggel, welchen die Niederländer allerdings nicht verschmähen, eben so große Vortheile ab-

warf. Bedeutender noch waren seit dem 1621 erfolgten Abfalle des zwölfsährigen Waffenstillstandes zwischen den Spaniern und den Niederländern die Vortheile der Kapereien. Damals führte nämlich alljährlich die sogenannte Silberflotte auf schweren Schiffen die Ausbeute der brasilianischen Bergwerke nach Spanien. Diesen suchten nun die Niederländer mit ihren leichten Fahrzeugen den möglichen Abbruch zu thun, und 1625 gelang es ihnen sogar, die ganze Flotte mit ihren Schätzen in ihre Gewalt zu bekommen.

Auch nach der Ostsee gingen die niederländischen Handelschiffe, und zwar war es insbesondere Korn und das ihnen fehlende Schiffsbaumaterial, besonders Schiffbauholz und Kupfer, was sie dort gegen ihre indischen Waaren und ihre Manufakturen holten. Das Korn kauften sie Anfangs in Polen, welches damals beinahe ausschließlich seinen Hafen hatte. Als jedoch einmal in Polen eine Ueberzeugung herrschte, gedachten die Niederländer der früher versuchten nördlichen Fahrten nach Ostindien und holten sofort russisches Getreide in den Häfen des weißen Meeres. Dadurch bekamen sie eine weitere Bezugsquelle und wohlfeilere Preise, und sie deckten so nicht allein einen Theil ihrer eigenen Bedürfnisse, sondern sie wurden auch die Versorger der Engländer, Franzosen, Italiener und selbst der Deutschen. Sie selbst hätten zwar niemals niedere Preise, aber auch nie Hungersnoth, wie so viele andere, weit begünstigtere Länder. In der Ostsee trieben sie zugleich Fischerei, insbesondere den Häringfang, ihre sogenannte „große Fischerei“, welche sich später auch in die Nordsee verpflanzte. In der letzteren trieben sie den Wallfischfang, ihre sogenannte „kleine Fischerei“. Sie setzten ihre indischen Gepanzenzähne und ihre Gewürze ab und brachten dafür Thran und Fischbein heim und befauden sich sehr wohl dabei.

Ein weiterer Handelszweig, der bei den Niederländern aufblühte, war der sogenannte Levantehandel. Philipp II. hatte in seiner Unbuldsamkeit die Juden, in deren Händen sich derselbe befand, aus Spanien und Portugal vertrieben. Die Vertriebenen flüchteten sich in



Staaten stattgefunden habe, sei in unserer Zeit ein Weltmarkt entstanden; deshalb müsse sich jeder Staat bei Abschluss eines Vertrages das Recht der meist begünstigten Nationen vorbehalten, und deshalb liege auch in diesem Artikel keine Hintanziehung und keine Benachteiligung Oesterreichs, das sich in einem ähnlichen Fall das gleiche Recht wahren würde. Es werde unter diesem Artikel auch nicht leiden, sondern derselbe werde nur Veranlassung dazu geben, daß es seine Hölle herabschneide und zum Theil ganz beseitige und so seinen Verkehr von den seitherigen Fesseln befreie. Außerdem habe Preußen bereits zugestimmt, sogleich nach Abschluss des Vertrags mit Oesterreich in Unterhandlungen zu treten, um Verkehrsvereinfachungen herbeizuführen. Für den vaterländischen Weinbau, wegen dessen die Zentralstelle für die Landwirtschaft gegen den Vertrag gestimmt sei, befürchtet der Redner keine besonderen Nachteile. Schließlich macht er darauf aufmerksam, daß alle Volksvertretungen trotz der ihnen herrschenden verschiedenen politischen Stimmung sich für den Vertrag ausgesprochen hätten, glaubt, unsere Regierung hätte sich nach dem Geist unserer Verfassung längst mit der Vertretung des Landes in Bezug auf diese Frage in's Einvernehmen setzen sollen, da, was für den Abschluss eines Vertrages gelte, auch für Ablehnung eines solchen gelten müsse, und ersucht die Versammlung, die Resolutionen des Komitees anzunehmen.

In ähnlichem Sinne sprechen sich noch mehrere Redner aus. Im Allgemeinen wird nicht verkannt, daß der Vertrag in einer Beziehung große Nachteile mit sich bringe, aber auch ausgesprochen, daß die Auflösung des Zollvereins noch weit nachtheiliger wirken würde. Großen Anklang fand die Bemerkung des Staatsraths v. Goppelt, daß wir dadurch, daß wir das Zustandekommen des Vertrags noch volle drei Jahre hindern könnten, eine sehr gewichtige Waffe in Händen hätten, um unser Bestreben, einige Modifikationen desselben nachträglich auszuwirken, zu unterstützen, daß aber dies nicht durch starrs Entgegenreten, sondern nur durch freundliches Entgegenkommen gelingen könne. Man solle Preußen für den Fall, daß es die hauptsächlichsten Bedenken gegen den Vertrag auf dem Wege der Unterhandlung beseitige, einige von ihm gewünschte Verbesserungen in der Organisation des Zollvereins anbieten, die vollkommen berechtigt und zweckmäßig seien. Diese Ansicht fand vielseitige Zustimmung und sofort Berücksichtigung vom Komitee, das einen sie vertretenden Satz in die vorgelegten Resolutionen aufnahm. Die Aufforderung des Hrn. K. Boppert, die H. Chevalier, G. Müller, Ferd. Schmidt, Pfeifer, von Heilbronn: Goppelt, Kilmelin, Steiner; ferner Rosenbusch von Elm, Graner von Wierach, Zöpfer von Heidenheim, Frey von Schwarzenberg, Del.-R. Werner von Kirchberg, Krauß von Kammstadt, Zahn von Galw, Forster von Gmünd, Hof von Waiblingen, Dietrich von Ludwigsburg und Knauf von Geislingen.

**Luxemburg, 23. Dez. (N. Pr. Ztg.)** Der hiesige apostolische Vikar hat über ein Blatt, den „Courrier“ den Bann ausgesprochen. In dem betreffenden Ausschreiben heißt es:

Es folgt daraus, daß diejenigen katholischen Christen, welche den „Courrier“ durch Abonnement oder in irgend einer andern Weise unterstützen, oder sich daran betheiligen, im Sakrament der Buße nicht gültig losgesprochen werden können, so lange sie sich nicht bessern, weil sie durch ihr Geld, ihren Einfluß oder ihre Arbeit mitwirken zu dem Bösen, das er stiftet. Es folgt endlich daraus, daß diejenigen, welche den „Courrier“ ohne dringende Nothwendigkeit lesen, auch ohne abzonirt zu sein, ebenfalls keine gültige Lösprechung erlangen können, so lange sie diese Zeitschrift nicht abgeben.

**Berlin, 3. Jan.** Die „Militär-Blätter“ bringen der Armee zum Neujahrsgruß den „Wunsch nach einem frischen fröhlichen Kriege“, und geben dann zur Militärorganisation und Budgetfrage ihre Meinung in folgender Weise ab:

Die kaiserlichen Niederlande, insbesondere nach Amsterdam, und ihr Geschäftsbereich auf diesem günstigen Boden vorzüglich und fast ihre neue Heimath bereichern.

In England hatte die Königin Elisabeth den Handel ihres Landes durch kluge Maßregeln von dem unmittelbaren Einflusse der Hanse frei gemacht; aber unter den ihr nachfolgenden jahrelängigen Sturms wühlten sich statt derselben die Niederländer Eingang zu verschaffen. Frankreich war durch Heinrich IV. und seinen einflussvollen Minister Sully zu einer vorher nicht gekannten Stufe des Wohlstandes und Einflusses emporgehoben worden; aber in Folge der ehrsüchtigen Politik eines Richelieu und Mazarin wurde die gesunde Entwicklung des Staates wieder gestört, und der Handel der rührigen Niederländer hatte dadurch ein leichtes Spiel. Ähnlich war es damals auch in Deutschland. Fast alle Häfen desselben waren leider nur dem Namen nach deutsch, tatsächlich aber in den Händen der Niederländer. Auch mit den wieder unter die spanische Herrschaft zurückgekehrten südblichen Provinzen wurde ein lebhafter Handel getrieben, oft freilich auf dem Wege des Schmuggels. Selbst Waffen wurden ihnen um des Gewinnes willen von den Kaufleuten der mit ihnen im Kriege befindlichen nördlichen Provinzen geliefert. „Singe der Weg durch die Hölle, der Handel muß frei sein“, sagte einer ihrer Kaufleute, als man ihm das Unpatriotische seines Verfahrens vorhielt.

Daß mit diesem Handelsgeist auch schlimme Sitten Eingang fanden, ist leicht zu begreifen. Insbesondere kam der Aktienwandel und die gefährlichen und oft demoralisirenden Differenzgeschäfte in Aufnahme. Als dieselben endlich verboten wurden, warf sich die Leidenschaft auf andere Gegenstände, welche der Arm des Geistes nicht erreichen konnte. Es entstand u. A., besonders in den Jahren 1630 bis 1640, die bekannte Tulpenwuth, wo man mit Tulpenwurzeln vrunkte und wucherte, und seltene Varietäten zu ungläublichen Preisen verkaufte wurden. Ein sogenannter „Semper Augustus“ wurde z. B. einmal mit 5000 Gulden bezahlt. Neben diesen Schwächen stand je-

doch als normale Erscheinung die musterhafteste Einfachheit im Privatleben und die rühmlichste Verwendung des ungeheuersten Reichthums für das Wohl des Vaterlandes. Fast ungläubliche Opfer wurden von den Bürgern für die Vaterlandverteidigung zu gemeinnützigen Zwecken, insbesondere für die Eindeichung und Entwässerung des Landes, und nach endlich errungenem Siege auch für die Feiern der Siegesfeste gebracht. Wie groß die zu solchen Zwecken aufgewendeten Summen waren, kann man schon daraus entnehmen, daß ein einfacher holländischer Bürger, De Geer, den König von Schweden in einem Kriege gegen Dänemark mit dreißig Schiffen unterstützte.

Eine solche Stimmung der Bürger mußte auf Kunst- und Wissenschaft wohlthätige Wirkungen ausüben. Verhältnismäßig am wenigsten tritt dies in der Architektur und Skulptur zu Tage, weil die Kräfte der Niederländer zu sehr in die einzelnen Gemeinden vertheilt waren; gleichwohl aber bewundern wir noch jetzt ihre herrlichen Rathhäuser und Schützenhallen aus jener Zeit. Weit reicher sind ihre Leistungen in der Malerei, und zwar getrieben, in Uebereinstimmung mit dem Vorwalten des bürgerlichen Elementes, vor Allem das Genrebild und die Landschaftsmalerei. Ihr Leben, ihre Gärten, ihre Thiere und ihre Gegenben, insbesondere ihr Meer, wollten sie gemalt sehen. Die historische Malerei hatte nur volles Gebeihen, so weit sie die vaterländische Geschichte betraf.

Wie eifrig die Wissenschaften in jenen Zeiten unterstützt wurden, ist schon daraus zu erkennen, daß in kurzer Zeit in Holland, das damals zwei und eine halbe Million Einwohner zählte, 6 Universitäten gegründet worden sind. Der Stadt Leiden soll zum Lohn für ihre heldenmüthige Ausdauer bei einer Belagerung die Wahl freigegeben worden sein, ob sie eine Universität oder für zehn Jahre Steuerfreiheit wolle; sie entschied sich für die Universität. Es wird uns daher nicht auffallen, daß dieses Land zu jener Zeit einen Cartesius, Spinoza, Hugo Grotius, Daniel Heinsius, Voerhave, und Huygens zu den Seinigen zählte.

**Danzig, 2. Jan. (Danz. Ztg.)** Der hiesigen Garnison ist bekannt gemacht worden, daß es den Kriegsartikeln zuwiderläuft, wenn Soldaten zur Unterstützung für kriegsgerichtlich verurtheilte Militärs Geldbeiträge leisten, und daß sich Niemand, wie es bereits vorgekommen, überreden lassen solle, bei Sammlungen für die Grandenzer Verurtheilten sich zu betheiligen.

**Gumbinnen, 2. Jan.** Am 30. v. M. war auf Antrag der Königl. Staatsanwaltschaft zu Insterburg unser Deputirter Frenzel-Berkalen vorgeladen, um verantwortlich darüber vernommen zu werden, ob er am 27. Oktob. im Schauspielfaule zu Insterburg in einer vor den Urwählern gehaltenen Rede das Verfahren gegen den Hauptmann v. Besser und gegen die Grandenzer Verurtheilten als eine Verhöhnung des Volkes bezeichnet habe. Hr. Frenzel soll die ihm unterstellte Aeußerung entschieden bestritten haben.

**Wien, 4. Jan.** Die im telegraphischen Auszug bereits mitgetheilte Aeußerung der offiziösen „General-Korresp.“ über die Lage lautet vollständig:

Die Kardinalfrage, ob der europäische Friede erhalten bleiben wird für die Zeit, welche wir nach der Bankatte zur vollkommenen Herstellung der Baltica bedürfen, beschäftigt viele Gemüther. Kein irdischer Verstand kann auf diese Frage Auskunft geben, und sie muß darauf gestellt werden, ob wir in dem eben angetretenen Jahre hoffen dürfen, uns der ungetriebenen Segnungen des Friedens zu erfreuen. Ein Jahr ist in unserer Zeit der beschleunigten Verbindungen schon sehr viel. Daß während desselben der europäische Friede nicht gestört, viel weniger Oesterreich in einen Krieg verwickelt werden wird, dafür sprechen alle Wahrscheinlichkeitsgründe. Vorab muß bemerkt werden, daß die Finanzen keines Staates

außer des englischen, im Stande sind, ohne gänzlich ruiniert zu werden, einen auch nur zweijährigen europäischen Krieg zu führen, und daß man aus der kurzen Dauer des letzten italienischen Krieges gar nicht den mindesten Schluß ziehen darf, daß andere Kriege eben so rasch verlaufen dürften. Für keinen europäischen Kontinentalstaat und auch nicht für England gibt es jetzt einen Preis, dessen Erreichung die Kosten auch nur eines halbjährigen, geschweige eines mehrjährigen Krieges aufwiegen könnte. Man wird sich also allseitig in Acht nehmen, das Schwert des Kriegsgottes auszugraben. Das Einzige, welches in der That das ganze jetzige Staatenverhältniß unseres Welttheils in Frage stellen würde, wären solche unvorhersehbare Ereignisse, wie sie eintreten müßten, um das türkische Reich in sich selbst zerfallen zu machen; aber selbst in diesem kaum denkbaren Fall würden die Großmächte sich zuvörderst über die Geschichte der europäischen Türkei provisorisch verständigen und ein Kriegszustand zwischen den Großmächten dürfte nicht sofort eintreten. Alle andern schwebenden europäischen Fragen sind nicht stark, nicht brennend, ja nicht einmal verwickelt genug, um durch das Schwert nur allein gelöst werden zu können. Wegen der Geschichte, die Griechenland sich selbst bereitet, wird kein erster Zwiespalt zwischen den großen Mächten unseres Welttheils, viel weniger ein Krieg entbrennen. Die Turiner Regierung ist von jener zu Paris in Schach gehalten und wird nicht mit der Aktionspartei, der sie an Macht unendlich überlegen ist, gegen Oesterreich losbrechen, sondern jede derartige Richtung dieser Partei zu ihrer völligen Vernichtung benützen. Wenn der dänisch-deutsche Streit je zu einem Kriege führen könnte, müßte er längst zu demselben geführt haben; die Großmächte haben sich gegen das dänische Kabinett so gekümmert, daß es sich schließlich dem klar sprechenden Rechte des deutschen Bundes füge wird, ohne seine Hintergedanken aufzugeben. Da hätten wir denn nur noch die Spannung zwischen Oesterreich und anderen Bundesregierungen einerseits und Preußen andererseits wegen der Delegirtenangelegenheit. Alle Zeitungsnachrichten, welche von kriegerischen Absichten Preußens zu sprechen sich nicht entblöden haben, sind eitle Erfindungen. Die Spannung wird fortbauern, bis sie ihre Lösung in einem Kompromiß findet, wie schon einmal geschehen. Man hat also guten Grund, zu hoffen, daß das Jahr 1863 ein Kriegsjahr nicht sein wird. Im Gegentheil werden in demselben mehrere europäische Fragen unblutig geschlichtet werden, wodurch sich von selbst dann die Hoffnung für Erhaltung des Friedens auch für das Jahr 1864 steigert.

Ueber die Besorgnisse ersterer Gerwürfnisse mit Preußen schreibt das „Vaterland“: „Wir können nur wiederholen, daß das Delegirtenprojekt ein todgebornes Kind ist, um dessentwillen wahrlich ein Bruch mit Preußen nicht zu verantworten wäre. Wir können uns kein unglücklicheres Experiment zur Reform des Deutschen Bundes denken, als das Delegirtenprojekt, zumal, wenn man es, auch unbekümmert um den Widerstand Preußens, unbekümmert um dessen Austritt aus dem Bunde, durchzuführen wollte.“

Die angeblichen Aeußerungen des Hrn. v. Bis marck erregen hier das größte Aufsehen.

**Schaffhausen, 4. Jan.** Der Große Rath hat nun definitiv einen Staatsbeitrag von 200,000 Fr. an die Schleithheimer Pferdebahn votirt.

**Italien.**  
**Turin, 4. Jan.** Der König hat heute eine Deputation empfangen, die von den Frauen Venetiens, Istriens und des Tridentinischen Landes damit beauftragt war, ihm ein kostbares, für die Königin von Portugal bestimmtes Geschenk zu überreichen. Se. Majestät war sichtlich bewegt von einigen Stellen der Rede, welche der Wortführer der Deputation sprach.

Der Marschese von Afflitto, ein Neapolitaner, ist in Neapel, und Graf Cossilla in Palermo zum Präsekten ernannt worden. Der Marschese Gualterio erweist den Marquis von Afflitto in Genua.

**Frankreich.**  
**Paris, 5. Jan.** Die wachsende Aufregung in Serbien, der schlimme Gesundheitszustand des Sultans, die heute eingetroffene Nachricht vom Rücktritt des gesammten Ministeriums zu Konstantinopel, und dazu die noch immer offene Thronkandidatur für Griechenland — lenken von neuem die volle Aufmerksamkeit der Diplomaten und des Publikums auf den Orient, wo, wie man befürchtet, bald neue Verwicklungen auszubrechen drohen. Was Serbien

Den Gipfel ihres Ruhmes erreichten die Niederlande zur Zeit des westpälischen Friedens, durch welchen ihre Unabhängigkeit völkerechtlich anerkannt wurde. Im weiteren Verlaufe der Zeit waren sie der zusammenwirkenden Eifersucht und Feindschaft der Franzosen, der Spanier, der Engländer und der nordischen Staaten hauptsächlich dem nicht gewachsen, weil sie größern Antheil an den politischen Ereignissen nahmen, als ihre eigenen Interessen es erheischten. So lange sie bloß ihre Selbsterhaltung und ihre merkantillischen Interessen im Auge hatten, so lange dauerte auch ihr Glück. Im 18. Jahrhundert waren die Holländer am tiefsten gesunken; in dem gegenwärtigen zeigt sich wieder ein Aufschwung, so daß der Ausdruck von De la Cour, daß das Land nur um des Handels willen werth sei bewohnt zu werden, auch noch heute zu Tage seine Geltung hat.

„Der Bärenritter“ ist der Titel eines Liebespiels, welches Ulfand und Just. Kerner schon während ihrer Studienjahre gemeinschaftlich abfassten. Dasselbe hat sich in Ulfand's Nachlaß gefunden, und ist von den Erben zum Zweck der Komposition an Fr. Rüden gesandt, der sich der Arbeit mit allem Eifer unterzieht.

Die Universität Jena hat einen mittelalterlichen Pöppel abgeschnitten und die lateinische Sprache, welche noch in den Dissertationen bei den Doktorpromotionen angewendet werden mußte, mit der vaterländischen in allen Fakultäten vertauscht.

Nach neapolitanischen Blättern hat Signora Ristori eine Reihe von Vorstellungen am 27. Dez. im königlichen Theater del Fondo zu Neapel begonnen.

Das Urtheil des „Briefmarkers“ Kallaß (10 Jahre schweren Kerfers) ist in letzter Instanz bestätigt worden.



betrifft, so beabsichtigt die Pforte, wie es scheint, den Wortlaut des Protokolls vom 13. April 1859 anzurufen, um von den Großmächten die Ermächtigung zu erlangen, aus Anlaß der Waffenangelegenheit einen Kommissar nach den vereinigten Fürstenthümern schicken zu dürfen. Die Kabinette von Wien und London sind dieser Absicht geneigt, Rußland dagegen wird ernste Einwendungen erheben. Auch Frankreich, meint die „Patrie“, dürfte die Annahme dieser Maßregel aus vielfachen Gründen unstatthaft finden. In der That muß die Verletzung der Vertragsbestimmung dem Protokoll zufolge von den Vertretern der Mächte in Konstantinopel anerkannt sein, was (immer der „Patrie“ zufolge) bei vorliegender Angelegenheit durchaus nicht der Fall ist.

Der „Constitutionnel“ widerlegt heute die Gerüchte von neuen Versuchen des Tuilerienkabinetts, die Regierungen von London und St. Petersburg zu einer Vermittlung in Amerika zu bewegen, oder von der Absicht der kaiserl. Regierung, hierfür die Initiative allein zu ergreifen. „Frankreich — sagt das offiziöse Blatt — ist stets von den gleichen Gefühlen der Freundschaft und der Zuneigung für die Amerikaner, welcher Partei sie angehören mögen, bejeelt; es wünscht sehr den Augenblick, wo die traurigen Zwistigkeiten, von welchen dieses unglückliche Land heimgeheuchelt ist, enden. Aber es ist falsch, daß für den Augenblick die Rede ist, neue Schritte zu versuchen.“ — Es ist bereits bemerkt worden, daß General Lamarmora in Folge der Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der neapolit. Zustände und der Gründe des Brigantensystems insbesondere seine Entlassung angeboten und sie nur auf Zureden des Königs zurückgenommen habe. Die „France“ erfährt heute in dieser Beziehung, daß der General die militärische Gewalt behalten, der politischen Vollmachten aber auf sein wiederholtes Ansuchen entzogen werden wird. Diese Spaltung der Verwaltung in zwei Theile, sagt das „Lagueronnière“ Blatt, wird die Lage Neapels noch unerträglich machen. — Schon seit mehreren Tagen ist die Rede von direkten Verhandlungen, welche zwischen dem Turiner Kabinett und Kardinal Antonelli stattfinden sollen. Wir glauben, über dieses unwahrscheinliche Gerücht schweigen zu sollen, und erwähnen es heute nur, weil es hartnäckig wieder auftaucht. In jedem Fall könnten sich diese angeblichen direkten Verhandlungen nur auf untergeordnete Gegenstände des internationalen Verkehrs beziehen.

Die „France“ theilt bereits heute mit, daß die feierliche Eröffnung der gesetzgebenden Session durch den Kaiser am 12. d. um 2 Uhr im „salle des Elais“ vor sich gehen wird. Am 15. werden Senat und Gesetzgebender Körper sich versammeln, um ihre Bureaus zu bestellen. Am 15. solle der Senat die aus 10 Mitgliedern bestehende Adresskommission wählen, und die Adressdebatten im Senat Ende Januar und im Gesetzgeb. Körper gegen Mitte Februar beginnen. — In Griechenland herrscht nach den neuesten Nachrichten große Entnützung; von 350 Deputirten hatten sich nur 120 zu Athen eingefunden. — Kardinal Morlot hat gar kein Vermögen hinterlassen. Seinem Sekretär und Freund, Abbé Tutoi, hinterließ er seine Taschenuhr und eine Pendule, seinem Kammerdiener gleichfalls ein Andenken von nur geringem Werth. — Der Direktor des „Bauderville-Theaters“ erklärte dem Grafen Balawski, daß er sein Theater schließen müsse, wenn das Interdikt, mit welchem die Zensur Sardou's „diablos noirs“ belegte, nicht aufgehoben werden wird. — Sproz. 70.80. Dst 525. Ital. Anl. 73.50.

### Türkei.

**Konstantinopel**, 3. Jan. Der Seraskier (d. h. der Kriegsminister, Mehemed Ruschi Pascha) und der Kapudan Pascha (d. h. der Marineminister, Mehemed Ali Pascha) haben ihre Entlassung erbeten und sind durch untergeordnete Beamte ersetzt worden.

**Alexandrien**, 2. Jan. Abd-el-Kader, welcher sich nach Mekka begibt, hat mit Hrn. v. Lesseps die Arbeiten am dem Suezkanal in Augenschein genommen.

### Griechenland.

**Athen**, 27. Dez. (Köln. Ztg.) Die reichen Griechen lassen es an Geldgeschenken nicht fehlen, um die provisorische Regierung vor dem Neufest zu bewahren; aber die Staatsrevenue ist so stark im Abnehmen, daß freiwillige Beiträge nicht ausreichen würden. Manas hat dem Staatschatz 50,000 Drachmen geschenkt, die Griechen in Alexandria haben 2745 Pf. St. gesammelt und eingeschickt, die Griechen in Triest eine ansehnliche Summe. Aber die Griechen in Konstantinopel haben es besser gemacht, indem sie sofort 30,000 Pf. St. auf die neue Anleihe von 6 Mill. Drachmen zeichnen und einschickten.

Die Nationalversammlung wurde vergangenen Montag feierlich eröffnet. Die Zahl der anwesenden Bevollmächtigten belief sich auf ungefähr 60, — somit war die Eröffnung nur ein bloßer Akt der Form, und dürften noch mehrere Tage vergehen, bis die zu den Sitzungen gesetzlich erforderliche Anzahl beisammen ist. Die Volksmenge bei der Eröffnung war ungewöhnlich groß, doch von einer gehobenen Stimmung keine Spur sichtbar. Das diplomatische Korps war dabei natürlich nicht erschienen. Die anwesenden Bevollmächtigten wurden von dem Minister des Innern aufgefordert, den vorgeschriebenen Eid zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Pflichten zu leisten. Dagegen sprachen sich Mehrere aus, besonders der Kommandant der Nationalgarde, Oberst Koronaios, der betonte, daß die Nationalversammlung allein berufen sei, Gesetze zu machen, und keine höhere Autorität anerkenne. Die in Folge dieser Meinungsverschiedenheit sich entspinne Debatte endigte mit Annahme des Eides, und zwar nicht als von der Regierung auferlegt, sondern als freie Selbstbestimmung der Bevollmächtigten der Nation, wobei die Herren gänzlich vergaßen, daß die Versammlung nicht vollständig und zu den Sitzungen deßhalb unbedeutend war, mithin auch keine Beschlüsse fassen konnte. Das Zerwürfniß zwischen dem Kommandanten der Nationalgarde und der Regierung trat schon bei dieser Gelegenheit zu Tage, und endete damit, daß

derselbe seiner Stelle entsetzt wurde, nachdem der Kriegsmi- nister Maurokhalis von dieser Absetzung sein längeres Verweilen im Ministerium abhängig gemacht hatte. Gegen allensfallige Demonstrationen der Universität, welche für den Obersten Koronaios Partei nimmt, sind militärische Maß- nahmen getroffen worden. Der Stadtkommandant von Athen, Generalmajor Angelides, ist mit Lode abgegangen. Die Regierung besetzte seine Stelle mit dem bisherigen Militär- gouverneur Attika's, Major Papadiamantopoulos, der jedoch freiwillig zurücktrat, um dem Obersten Artemis Michas, bekannt als Chef der Nauplienser Insurrektion, Platz zu machen, der bei der Armee sehr beliebt ist. Elliot ist endlich angelangt. Die Absicht Englands, die Ionischen Inseln an Griechenland abzutreten, wurde dem Präsidenten der pro- visorischen Regierung bereits offiziell mitgeteilt, mit dem natürlichen Vorbehalte der Zustimmung des ionischen Parla- ments und der Mächte, welche die Traktate von 1815 unter- zeichneten. Die Wahl eines Königs bleibt dem freien Willen der griechischen Nation überlassen, und bezeichnet England offen keinen Kandidaten. Einer Deputation des extremen Klubs „Ethnikon Phronimon“, welche von dem Abgesand- ten Englands den Prinzen Alfred als König sich erbat, wurde die sonderbare Antwort, „daß in Anbetracht der eben er- neuerten Bestimmungen des Protokolls von 1830 — der Prinz Alfred für den Augenblick die Krone Griechenlands nicht annehmen könne!“ Uebrigens hat Elliot in Voraus- sicht eines längeren Aufenthalts in Griechenland einen Theil des Gasthofs Hotel d'Angleterre so eben für drei weitere Mo- nate gemiethet.

### Baden.

**Karlsruhe**, 6. Jan. Für unsere badischen Techniker und In- dustriellen dürfte nachstehendes Ausgeschrieben von Interesse sein, welches das k. k. österreichische Finanzministerium erlassen hat:

Für die Erfindung eines mechanischen Apparates, wel- cher geeignet ist, in einer Rübenzuckerfabrik ohne störenden Einfluß auf den Betrieb die Reinheit der Menge und Konzentration oder wenigstens der Menge des zur Zuderzeugung gelangenden Rübensaftes auf ver- läßliche und gegen äußere Einwirkungen vollkommen gesicherte Weise zu vermittel, wird eine Prämie von 2000 fl. zugesichert. Jeder Bewerber um diese Prämie hat längstens bis Ende April 1863 die mittelst Zeich- nung vermittelte genaue Beschreibung seiner Erfindung und der An- wendung derselben, sowie einen zu Versuchen geeigneten Musterapparat unmittelbar bei dem Finanzministerium einzubringen. Eine Kommission von Sachverständigen wird die eingelangten Apparate prüfen und nach Maßgabe des Befundes den Anspruch auf die Prämie anerkennen oder zurückweisen.

**Karlsruhe**, 6. Jan. Die kais. ottomanische Botschaft in Wien hat unterm 12. v. M. in den dortigen Blättern nachstehende Kundmachung erlassen:

Die kais. ottomanische Regierung bringt hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß am 20. Februar 1863 eine Industrieprefektur für die Dauer von 3 Monaten in Konstantinopel eröffnet wird. Derselben dieselbe ausschließlich für inländische Boden- und In- dustrienerzeugnisse bestimmt ist, so werden doch, um besonderen Wünschen zu entsprechen, auch solche Maschinen und Werkzeuge für Landwirtschaft und Gewerbe zugelassen, welche in ausländischen Werksstätten erzeugt sind, und beschränkt sich die ausnahmsweise Zulassung fremdländischer Erzeugnisse ausdrücklich auf die oben bezeichneten Gattungen. Den Fabrikanten des Auslandes, welche sich an dieser Ausstellung zu betheili- gen gedenken, ist für die zu derselben eingeschickten Gegenstände die Be- freiung von den Einfuhrzöllen zugesichert, wobei bemerkt wird, daß keiner der Einsender mehr als ein Exemplar desselben Modells einschicken darf. Ueber die abzuliefernden Gegenstände sollte man eine Liste mit genauer Angabe der Gattung, der Anzahl und des nötigen Raums bei der höchsten kais. ottomanischen Botschaft abgeben, damit die entsprechenden Plätze vorbehalten werden können. Jene Gegenstände, welche während der Ausstellung nicht verkauft werden sollten, haben Seitens der kais. ottomanischen Regierung keine andere Bestimmung, als die besagte Befreiung von den Eingangsgebühren zu genießen.

Aus dem Mittelheinkreis, 4. Jan. Nach Nr. 17 des evang.-kirchl. Verordnungsblattes vom vorigen Jahr betrug die am verstorbenen Charfreitag in den Unterländer Gemeinden für Kir- chenz., Pfarr- und Schulhaus- Bauten erhobene Kollekte 2069 fl. 50 kr. Davon und von dem verfügbaren Ertrag des Kollektengelder-Fonds erhielten: a) Im Mittelheinkreis: 1) Die evangel. Gemeinde Friedrichsthal zu Erbauung eines Schulhauses 1000 fl.; 2) die ev. Gemeinde Welschnereuth zu Tilgung einer Schul- hausbau-Schuld 300 fl. b) Im Unterheinkreis: 3) Die ev. Ge- meinde Altenborn zu Herstellung von Oekonomiegebäuden für die Schule 150 fl.; 4) die ev. Einwohner der Gemeinde Eppingen als Beitrag zu dem sie treffenden Antheil an Aufwand für Herstellung von Oekonomiegebäuden für die Schule 200 fl.; 5) die ev. Gemeinde Ehrstädt zu baulicher Herstellung am Pfarrhaus 400 fl.; 6) die ev. Gemeinde Haag zu gleicher Verwendung an der Kirche 40 fl.; 7) die ev. Gemeinde Lebnfeld zu Wiederherstellung der Orgel 150 fl.; 8) die ev. Gemeinde Michelbach zu Herstellungen am Pfarrhaus u. s. w. 300 fl.; 9) die ev. Kirchengemeinde Kembach-Dietenhahn zu baulichen Herstellungen an der Kirche und dem Pfarrhaus 200 fl. Zusammen 2440 fl.

Nach demselben Blatt ertrug die am Reformationsfest vorigen Jahres erhobene Kollekte für die evang. Diaspora 3082 fl. 1 kr. Aus dieser Summe und einem Rest von der gleichen Kollekte des Jahres 1861 wurden folgende Unterstiftungen bewilligt: 1) An die Evange- lischen in Achern für Schulbedürfnisse 75 fl.; 2) an die Evangelischen in Durmersheim zu gleichem Zweck 100 fl.; 3) an die Evange- lischen in Meßkirch a) zur Gründung eines Baufonds für einen Bes- saal 600 fl. und b) zur Bestreitung der Pastoralionskosten 70 fl., zu- sammen 670 fl.; 4) an die Evangelischen in Oberkirch als Beitrag zum Gehalt des Geistlichen 175 fl.; 5) an die Evangelischen in Ken- chen zur Bestreitung der Pastoralionskosten 40 fl.; 6) an die Evange- lischen in Rothensfeld ebenso 36 fl.; 7) an die Evangelischen in Säckingen a) als Beitrag zum Gehalt des Geistlichen 300 fl. und b) für Anschaffung einer größeren Glocke 800 fl., zusammen 1100 fl.; 8) an die Evangelischen in Tauberbischofsheim zur Bestreitung der kirchlichen Bedürfnisse 50 fl.; 9) an die Evangelischen in Leber- lingen als Beitrag zum Gehalt des Geistlichen 100 fl.; 10) an die evang. Gemeinde in Billingen zur Tilgung der Schuld für Er-

werbung und Herstellung der Kirche 450 fl.; 11) an die Evangelischen in Waldkirch zur Anstellung eines Pastoralionsgeistlichen 150 fl.; 12) an die Evangelischen in Waldshut zu Pastoralions- und sonstigen Bedürfnissen 75 fl.; 13) für Ertheilung des Religionsunterrichts an die evang. Kinder der badischen Umgegend von Hohentwiel 50 fl. Zusammen 3071 fl. Der Rest der Kollekte soll für einige weitere Pas- torationsbedürfnisse der Diaspora, insbesondere zur Unterbringung armer evang. Kinder behufs einer regelmäßigen Theilnahme am Konfirman- denunterricht vorbehalten werden.

Ebenselbst endlich wird eine Verordnung des groß. Ministeriums des Innern vom 4. Dez. v. J. in Betreff der Ausstattung der Volksschullehrer-Stellen mit Grundstücken veröffent- licht, wornach künftig, wenn es sich um Anschaffung von Gütern aus Mitteln des mit einer Schulschelle verbundenen Mehner-, Glöckner- oder Organistenbienstes handelt, die dazu erforderliche Genehmigung, sowie die Führung der Verhandlungen wegen des Kaufs lediglich den zur Verwaltung und Beaufsichtigung des kirchlichen Ortsvermögens be- rufenen Stellen und Behörden (beziehungsweise dem Kirchengemeinderath in seiner Unterordnung unter den evang. Oberkirchenrath) zu über- lassen ist, da den Mehner-, Glöckner- und Organistenprüfenden die Eigenschaft als kirchliches Vermögen zukommt.

Heidelberg, 4. Jan. (Ztg. Bg.) Gestern ereignete sich hier ein bedauerlicher, aber interessanter Unfall. Bekanntlich hat Wunnen mit Hilfe seiner Spektalanalyse die Chemie um einige Elemente bereichert, unter welchen das eine den Namen Rubidium erhielt. Während dieser Weihnachtsferien war eine größere Quantität dieses neuen Ermetalls reduziert worden, und war in einem Zintenslauf auf einem kleinen verschlossenen Balken aufbewahrt, um alle Gefahr bei etwaigen Explosionen zu verhüten. Trotz aller Vorsichtsmaßregeln wußte indessen das fünf- jährige Kind eines vor dem Laboratorium beschäftigten Holzspäkers in den gefährlichen Raum einzudringen; wie? ist noch nicht recht ermittelt. Es muß wohl in dem fremdartigen Gerüche ein Spielwerk gefunden haben, denn plötzlich hörte man einen Knall, und als man hinzueilte, lag das Kind am Boden, der Zintenslauf war zerprungen. Die Wir- kungen des Rubidiums sind besonders in der Mundhöhle des verletzten Kindes wahrnehmbar, welche ganz ähnlich ausseht, als wenn es Kefali gegessen hätte. Hoffentlich wird die Heilung eine ungefährliche sein.

Auf einen erlassenen öffentlichen Aufruf von Seite der Frau Sophie Körner, Gattin des amerikanischen Gesandten in Madrid (geborener Frankfurter) hat sich hier ein Verein von Frauen gebildet, welcher für die große Anzahl der Verwundeten und Kranken unter den amerikanischen Truppen Gaben an Linnenzug und Charpie in Empfang nimmt.

Heidelberg, 5. Jan. Nach kurzer Unterbrechung während der Weihnachtsferien nahmen letzten Samstag Abend die Wintervor- lesungen im Museumsaal wieder ihren Fortgang. Dr. Professor Kirchhoff hielt einen äußerst interessanten Vortrag über die Sonne, wobei natürlich die neuesten, durch die von ihm in Gemeinschaft mit Hof- rath Bunsen entdeckte Spektalanalyse gewonnenen Resul- tate mit den nötigen Experimenten mitgeteilt wurden. Diese Spectralanalyse ist unstreitig eine der bedeutendsten Entdeckungen der Neuzeit auf dem Gebiete der Naturwissenschaften, indem sie gestattet, alle Stoffe, welche in Gase verwandelt werden können, mit Hilfe des Lichtes auf ihre chemischen Bestandtheile zurückzuführen. Mit Hilfe dieser neuen Me- thode ist es nun gelungen, die den Sonnenkörper umgebende Lichtat- mosphäre zu analysiren und zu erkennen, daß in derselben (und folglich auch in der Sonne selbst) Eisen, Nickel, Kobalt, Kalium, Natrium und Cal- cium vorhanden sind. Gold und Silber dagegen wurden bis jetzt nicht vorgefunden. — Die Heizung unserer beiden protestantischen Kir- chen hat sich bis jetzt vollkommen bewährt. Außer der angenehmen Temperatur kam am Sylvesterabend noch ein neuer äußerer Reiz hinzu: die Abend-Gottesdienste wurden bei beleuchteten Kirchen gehalten, so daß die ohnehin immer stark besuchten Gotteshäuser kaum im Stande waren, alle Anstehenden aufzunehmen.

Mannheim, 4. Jan. Die fühlbare Kälte öffentlicher Winter- vorlesungen ist jetzt auf dem Wege, sich in recht erfreulicher Weise zu füllen. Der Dichter Wilhelm Jordan, den Politikern durch seine Stellung im deutschen Reichsministerium bekannt, hier von seinem Drama „Liebeslän- ger“ noch in bester Erinnerung, wird in nächster Zeit in einem Kreise von etwa 6 Vorlesungen sein Epos Sigfriedsage vortragen.

Die Vorträge dieses Heldengedichts aus der deutschen Vorzeit haben in Frankfurt so günstigen Erfolg gehabt, daß wir denselben mit Spannung entgegensehen und einen ähnlichen Erfolg nicht nur wünschen, sondern hoffen können.

Unter den werthen Gästen, welche die Weihnachtszeit nach Mannheim führte, ist die Gräfin Huniady, geb. Gräfin von Wuol-Schauenstein, zu nennen, die Entsetz der durch ihre Wohlthätigkeit in gegangener Er- innerung stehenden Fürstin von Hensburg. Den Jahrestag des Hin- scheidens ihrer Mutter feierte die Gräfin mit ihrem Gemahl u. A. auch, durch Vereitung eines Festes in der Kleinkinderschule, deren großmüthige Beschüßung sich von Großmutter und Mutter auf sie vererb hat.

Heute Abend wurde Paratitler Joseph Nieser hier beerdigt, schon seit längerer Zeit pensionirtes Mitglied des hiesigen Hoftheaters, einst hier und auf den größten Bühnen Deutschlands vielgenannter Sängler der besten Schule, dessen Vortrag und Spiel hier heute noch in lebhafter Erinnerung und Anerkennung steht.

Darmstadt, 3. Jan. Bei der gestrigen Ziehung der groß. 50 fl.- Loose kamen folgende Gewinne heraus: Nr. 15,611 10,000 fl., 77,287 5000 fl., 129,592 3000 fl., 24,110 und 91,800 jebe 1000 fl., Nr. 11,997, 20,228, 32,814, 49,517, 77,827, 88,695, 100,132, 123,666 jebe 400 fl. — Ferner heute bis Vormittag 1/11 Uhr: Nr. 83,566 29,653, 3918 jebe 1000 fl., Nr. 117,854 400 fl.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 8. Jan. 1. Quartal. 4. Abonnementsvor- stellung. Neu einstudirt: **Der alte Musikant**; Schau- spiel in 3 Akten, von Koberich Benedix. Hierauf: **Ein ungeschliffener Diamant**; Genrebild in 1 Akt; nach dem Englischen.

### Theater in Baden.

Mittwoch 7. Jan. **Der Wildschütz**, oder: **die Stimme der Natur**; komische Oper in 3 Akten, frei nach Koberich bearbeitet. Musik von Vorhging.



